

Verbesserungen der Umwelt im Osten - doch für die Bürger gibt es zur Zeit Wichtigeres: Umweltsituation und Umweltbeurteilung

Kramer, Caroline

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kramer, C. (1994). Verbesserungen der Umwelt im Osten - doch für die Bürger gibt es zur Zeit Wichtigeres: Umweltsituation und Umweltbeurteilung. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 12, 10-14. <https://doi.org/10.15464/isi.12.1994.10-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Verbesserungen der Umwelt im Osten - doch für die Bürger gibt es zur Zeit Wichtigeres

Umweltsituation und Umweltbeurteilung

Nicht erst seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sind die unterschiedlichen Umweltbedingungen in Ost und West ein Thema. Schon seit langem klagen Bürger der altindustrialisierten Gebiete, der Regionen Leipzig, Halle und Cottbus über den beißenden Rauch und die braune Luft in den Wintermonaten. Die Region Bitterfeld steht oft beispielhaft für die Vielfalt der Belastungen, unter denen die Menschen leiden. Dort werden besonders im Winter hohe Luftverunreinigungen gemessen, es bestehen Wasser- und Bodenkontaminationen, und zudem gibt es dort viele Verdachtsflächen für Industriealtlasten, die erst in den kommenden Jahren in vollem Umfang erfaßt werden können. Deshalb ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben nach der politischen Wiedervereinigung, auch für annähernd gleichwertige natürliche Umweltbedingungen für die Menschen in Ost und West zu sorgen.

Im folgenden sollen hier sowohl die Veränderungen der objektiven Umweltbedingungen als auch deren Rezeption, d.h. die Beurteilung des Umweltschutzes, die „subjektive Umweltqualität“, betrachtet werden. Die Kombination von objektiven und subjektiven Indikatoren ermöglicht es, einen umfassenden Eindruck zu gewinnen und neben den faktischen Veränderungen auch die Auswirkungen auf das „individuelle Wohl“ der Bürger zu beobachten.

Die natürliche Umwelt des Menschen umfaßt ein großes Spektrum, das von Wasser über Boden bis hin zur Luft reicht. Somit können die Beeinträchtigungen sowohl ein Mangel als auch eine Verunreinigung eines dieser Umweltgüter darstellen. Stellvertretend für die Vielzahl von Indikatoren, die für eine Beschreibung der Umweltsituation herangezogen werden müßten, wird sich an dieser Stelle auf die Qualität der Luft und deren Verunreinigung beschränkt. Saubere Luft gehört zu den lebensnotwendigen Grundelementen und die verschiedenen Aspekte der Luftreinhaltung werden schon seit langer Zeit beobachtet und gemessen, so daß es aufgrund der Datenlage möglich ist, Aussagen über einen längeren Zeitraum zu treffen. Der Schwerpunkt der Betrachtung wird auf dem Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern liegen, da hier schon in der Vergangenheit große Unterschiede in der Umweltqualität bestanden und von besonderem Interesse ist, wie sich die Verhältnisse in der jüngsten Zeit entwickelt haben.

kg/Kopf im Jahr 1991 zurück, d.h. es fand in 20 Jahren ein Rückgang auf ein Viertel des Ausgangswertes statt. Ähnlich verhält es sich mit den Staubemissionen, die in den alten Bundesländern im selben Zeitraum von 21,4 kg/Kopf auf 7,0 kg/Kopf zurückgingen.

Dagegen setzten wirkungsvolle Maßnahmen gegen Luftverunreinigungen im Osten erst mit der Wiedervereinigung ein. Die schwierige Ausgangssituation im Osten läßt sich daran ermessen, daß die im Osten Ende der achtziger Jahre gemessenen Emissionswerte die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre beobachteten Maximalwerte des Westens noch um ein fünffaches überschreiten.

Im Vergleich mit den aktuellen Werten der beiden Teile Deutschlands lagen die Schwefeldioxidemissionen im Osten um das 20fache, die Staubemissionen um das 18fache höher als im Westen. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, setzten die Verbesserungen im Westen bereits vor mehr als 20 Jahren ein, während im Osten die Schwefeldioxid- und Staubemissionen in diesem Zeitraum weiter anstiegen bzw. nur geringfügig abnahmen und erst seit der Wende deutlich zurückgehen.

Um die Verbreitung des Schadstoffes Schwefeldioxid zu beurteilen, ist es aufgrund der großen regionalen Unterschiede erforderlich, über den Ost-West-Vergleich hinausgehend eine regionale Differenzierung vorzunehmen. Daher wurde für die Situation unmittelbar nach der Wende 1989 ein Karte auf Kreisebene erstellt, in der die Emissionswerte für alle 543 Kreise sowohl von Haushalten und Kleinverbrauchern als auch von Industrie und Kraftwerken dargestellt sind. Leider

Deutliche Verbesserungen der Luft im Osten

Im Westen ist die Belastung der Luft mit den „klassischen“ Schadstoffen Schwefeldioxid und Staub bereits in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich zurückgegangen. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß für Großfeuerungsanlagen (Kraftwerke) strenge Verordnungen erlassen wurden, so daß die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte (sowohl nach EG-Norm, als auch nach der deutschen TA Luft) mittlerweile unterschritten werden. So gingen die Schwefeldioxid-Emissionen in Westdeutschland von 61,8 kg/Kopf im Jahr 1970 auf 15,47

Tabelle 1: Luftverunreinigungen - Emissionen (in kg/Kopf/Jahr)

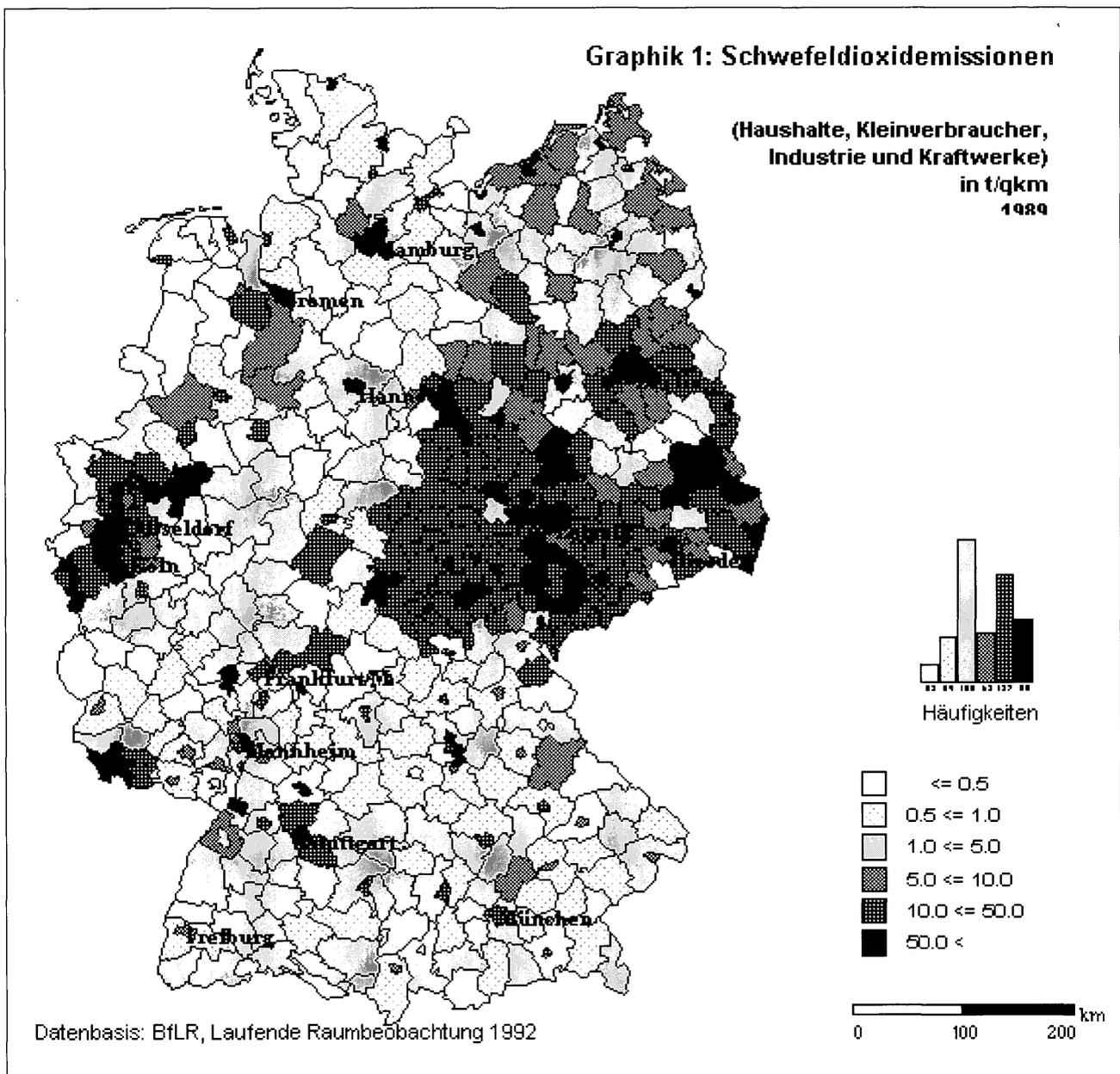
	Schwefel-dioxid		Staub		Stick-oxide	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1966	57,5		29,6		33,0	
1970	61,8		21,4		38,8	
1975	54,7	242,7	13,1	160,5	41,2	36,2
1980	52,0	259,3	11,2	149,2	47,9	37,6
1985	40,2	323,5	9,4	141,3	48,4	40,3
1989	15,5	315,1	7,6	125,3	43,8	42,1
1990	15,8	297,9	7,1	121,0	41,1	36,6
1991	15,5	223,1	7,0	84,9	41,4	30,8

Datenbasis: Daten zur Umwelt 1990/91 und 1992/93, Hrsg. Umweltbundesamt

liegen auf Kreisbasis noch keine neuen Daten vor, so daß ein Vergleich mit aktuellen Werten auf der gleichen regionalen Ebene leider nicht möglich ist. Aus der jüngsten Zeit liegen lediglich Angaben über die Höhe der Gesamtemissionen vor, die für Schwefeldioxid in den neuen Ländern von 5,25 Mio.t (315,1 kg/Kopf/Jahr) 1989 bereits 1990 auf 4,75 Mio.t (223,1 kg/Kopf/Jahr) gesunken sind und für Stäube in einem Jahr von 2,10 Mio.t (125,3 kg/Kopf/Jahr) auf 1,85 Mio.t (84,9 kg/Kopf/Jahr) zurückgingen. Wie Graphik 1 ver-

deutlicht, konzentrieren sich die extrem belasteten Gebiete auf den Süden der neuen Bundesländer. So sind in Thüringen und in den westlichen Teilen Sachsens in den Städten (Leipzig, Chemnitz), aber auch in Kreisen, die nicht zu den großen Verdichtungsräumen zählen, wie Cottbus, Bitterfeld oder Zittau und Görlitz extrem hohe Belastungen zu verzeichnen. Als Ursachen für diese Konzentration sind hohe Siedlungsdichte, hohe Industriedichte und zudem ungünstige Kessel- und Tallagen der Orte am Mittelge-

birgsrand zu nennen. Auch die Verbrennung der vor Ort gewonnenen sehr schwefelhaltigen Braunkohle in Anlagen, die nicht dem modernsten Stand der Technik entsprechen, trägt zu den hohen Werten in diesen Kreisen bei. Gleichzeitig sind in unmittelbarer Nähe zu diesen Kreisen im Erzgebirge allerdings auch gering belastete Gebiete anzutreffen, so daß es unzutreffend wäre, ganz Sachsen als Belastungsgebiet zu bezeichnen. In den vergangenen Jahren hat sich die Situation in den neuen Ländern dadurch



verbessert, daß Kraftwerke und Industrieanlagen stillgelegt wurden. Allerdings sind durch die hohen Anteile der privaten Kleinverbraucher und Haushalte am Schadstoffausstoß noch immer hohe Emissionen besonders in den Wintermonaten zu erwarten.

Im Westen gibt es ebenfalls einige Gebiete, in denen trotz aller Verbesserungen noch über 100 t/qkm jährlich emittiert werden. Dazu zählen die Kreise des Ruhrgebietes, sowie die Städte Mannheim, Heilbronn, Nürnberg/Erlangen, Mainz/Wiesbaden oder auch Aachen und Kiel, die ebenfalls hohe Schwefeldioxidemissionen aufweisen. Allerdings sind im Westen nur kleine und nicht große zusammenhängende Flächen von den hohen Emissionen betroffen. Zudem ist der Anteil der Kleinverbraucher und Haushalte als Verursacher an den Schwefeldioxidemissionen geringer als im Osten, so daß hier gezielt gegen die geringere Zahl der Emissionsquellen vorgegangen werden kann.

Betrachtet man die Schadstoffgruppe der Stickoxide, so ist der Rückgang der Belastungen im Westen schwächer als bei Schwefeldioxid und die Werte der kg/Kopf/Emission sind höher als im Osten. Zurückzuführen ist dies auf die Verbrei-

tung von PKWs, die - vor allem in den städtischen Ballungsgebieten - zu den Hauptemittenten dieses Schadstoffs zählen. Hier wurden Verbesserungen in den Großfeuerungsanlagen weitgehend durch das gestiegene Verkehrsaufkommen wieder zunichte gemacht. Deshalb muß berücksichtigt werden, daß der Rückgang der Stickoxide in den neuen Bundesländern ausschließlich auf einen Rückgang der Großemittenten Industrie und Kraftwerke zurückzuführen ist. Die Stickstoffdioxidemissionen der PKWs sind dagegen von 1989 bis 1991 weiter angestiegen. Während der Anteil des Straßenverkehrs an den Emissionen noch 1989 in den neuen Ländern bei nur 18% lag (West 56%), so ist er hier mittlerweile 1991 auf 31% (West 58%) angestiegen. Für die ostdeutschen Ballungsgebiete ist daher auch weiterhin mit einem Anstieg zu rechnen, da hier der Motorisierungsgrad in den vergangenen Jahren dramatisch zugenommen hat.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung in den neuen Ländern bis 1993 folgendermaßen dar: es ist ein Rückgang sämtlicher Luftverunreinigungen zu beobachten, der allerdings von einem Niveau ausgeht, das achtzehn- bis zwanzigfach höher liegt als im Westen. Der Rück-

gang der Emission von Stickoxiden wird allerdings durch die zunehmende Motorisierung bald aufgehoben werden.

Es stellt sich nun die Frage, wie diese Entwicklungen von der Bevölkerung wahrgenommen und beurteilt werden und welchen Einfluß sie auf die „individuelle Wohlfahrt“ haben. Dazu wurden als Indikatoren die „Zufriedenheit mit dem Umweltschutz“ als summarische Beurteilung und die „Klagen und Sorgen über den Umweltschutz“ mit einzelnen Bereichen wie Wasser, Luft und Lärm in der unmittelbaren Wohnumgebung herangezogen.

Zufriedenheit mit dem Umweltschutz steigt im Osten

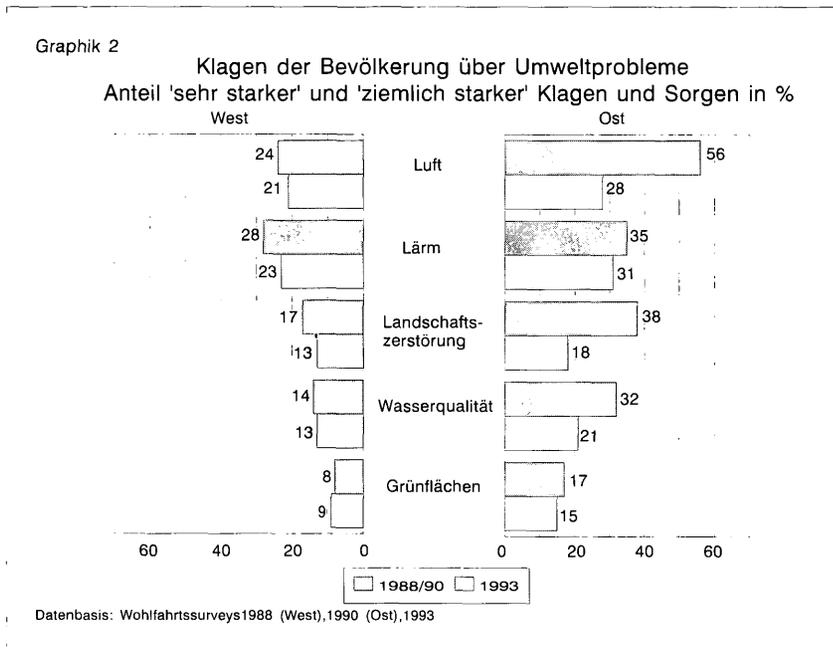
Im Vergleich mit anderen „Zufriedenheiten“ rangierte die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz fast immer auf den niedrigsten Plätzen. Vor allem im Jahr 1988 im Westen und 1990 im Osten war die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz niedriger als in allen anderen Bereichen (1988 West: 4,5; 1990 Ost: 2,2; Skala: 0=ganz und gar unzufrieden, 10=ganz und gar zufrieden). Allerdings wird der unterste Rangplatz der Zufriedenheit 1993 in den neuen Bundesländern nicht mehr von der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz (1993 Ost:4,8), sondern von der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit (1993 Ost: 3,4) eingenommen. Der absolute Tiefpunkt in der Umweltzufriedenheit wurde im Osten 1990 erreicht (2,2), was in zeitlicher Übereinstimmung mit den Maxima der Luftschadstoffwerte liegt. Mittlerweile ist die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Umweltschutz 1993 im Osten mit 4,8 auf denselben Wert wie im Westen angestiegen (vgl. Tabelle 2). Die Zunahme der Zufriedenheit betrifft sämtliche Altersgruppen, und auch das Ausmaß der Veränderung ist in allen Altersstufen identisch. Die ausgeprägte Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz in den jüngeren Jahrgängen bestand bereits in den Jahren zuvor und dürfte mit dem ausgeprägten Umweltbewußtsein der jüngeren Generationen zusammenhängen (Tabelle 2).

Die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz 1993 reicht sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nahezu an das hohe Niveau heran (4,8), das in Westdeutschland 1978 (5,0) erreicht wurde. Der Befund, daß die Zufriedenheit trotz des mittlerweile geschärften Problembewußtseins (von 3,8 West 1984, 4,5 West 1988 und

Tabelle 2: Zufriedenheit mit dem Umweltschutz in West- und Ostdeutschland

	Zufriedenheit* mit dem Umweltschutz					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Ø			Ø		
	1978	1984	1988	1993	1990	1993
Insgesamt	5,0	3,8	4,5	4,8	2,2	4,8
Alter						
18-30jährige	4,4	3,1	3,7	4,1	1,9	4,3
31-44jährige	5,1	3,8	4,2	4,5	2,0	4,6
45-64jährige	5,2	4,1	4,7	5,1	2,3	5,2
über 65jährige	5,2	4,5	5,2	5,6	2,6	5,1
Ortstyp						
Dorf	5,3	4,1	4,6	5,2	2,6	5,1
Kleinstadt**	5,1	3,8	4,3	4,6	2,0	5,0
Mittlere Stadt***	5,2	3,7	4,4	4,9	2,5	4,8
Großstadt	4,5	3,7	4,2	4,6	1,9	4,3
Vorort einer Großstadt	4,5	3,6	4,8	4,6	2,4	4,4

* Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0= ganz und gar unzufrieden bis 10= ganz und gar zufrieden ** bis 30.000 Einwohner *** bis 100.000 Einwohner
 Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1978, 1984, 1988, 1990 (Ost), 1993 (West und Ost)



2,2 Ost 1990) wieder zugenommen hat, kann darauf hindeuten, daß die Verbesserungen auch tatsächlich wahrgenommen werden. Besonders der Anstieg der Zufriedenheit in den neuen Bundesländern kann dahingehend interpretiert werden, daß die abnehmenden Schadstoffwerte als Erfolge im Umweltschutz honoriert werden. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch, daß es andere Bereiche gibt, wie z.B. die öffentliche Sicherheit, in denen die Probleme größer geworden sind, so daß die Wichtigkeit des Umweltschutzes abgenommen hat und gleichzeitig die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz angestiegen ist, da andere öffentliche Bereiche, als wichtiger und problematischer eingeschätzt werden.

Ein Vergleich der Typen des Wohnortes zeigt, daß nun gleichermaßen in Ost- wie auch in Westdeutschland in den Dörfern und in den mittelgroßen Städten (zwischen 30.000 und 100.000 Einwohnern) die höchste Zufriedenheit mit dem Umweltschutz festzustellen ist. In den neuen und alten Bundesländern ist die Beurteilung des Umweltschutzes in den „Großstädten“ und den „Vororten einer Großstadt“ am schlechtesten, was bei der regionalen Konzentration der meisten Schadstoffe (siehe oben) zu erwarten ist.

Klagen und Sorgen über Umweltschutz gehen zurück

Mit der Frage „Denken Sie einmal an den Ort, wo Sie jetzt leben - ich meine an die unmittelbare Umgebung Ihrer Wohnung. Haben Sie in folgenden Dingen ... sehr stark, ziemlich stark, weniger stark, gar nicht Grund zur Klage?“ wurden die Klagen und Sorgen der Bevölkerung zu einzelnen Umweltaspekten erfragt. Mit dem direkten Bezug auf die Wohnumgebung wird die unmittelbare Betroffenheit erfaßt, während mit der „Zufriedenheit mit dem Umweltschutz“ eher eine umfassende Bewertung von Umweltschutzmaßnahmen thematisiert wird.

Der Anteil derjenigen, die „sehr“ und „ziemlich“ starke Klagen und Sorgen äußerten, hat sich in den vergangenen drei Jahren zwischen den Bewohnern Ostdeutschlands und denen der alten Bundesländer weitgehend angeglichen (1993 West: 59%, Ost: 57%). Während im ersten Jahr nach der Wende noch mehr als die Hälfte der neuen Bundesbürger über Luftverunreinigungen klagte (56%), hat sich der Wert inzwischen um die Hälfte auf 28% reduziert. (Graphik 2)

In den alten Bundesländern hat sich die Beurteilung der wohnortnahen Umweltsituation über den gesamten Zeitraum von 1988 bis 1993 nur wenig verändert. Ein leichter Rückgang der Klagen und Sorgen

in fast allen Umweltbereichen, bzw. eine Stagnation, drückt aus, daß sich in den Augen der „alten“ Bundesbürger im Bereich Umwelt nicht viel verändert hat. Die beiden größten Probleme stellen mittlerweile in beiden Teilen Deutschlands die Lärmbelästigung und Luftverunreinigungen dar. Betrachtet man den Einfluß des Ortstyps auf die Beurteilung der Umweltsituation, so ist wenig überraschend, daß sich in Großstädten die höchsten Anteile an Befragten befinden, die „sehr starke“ oder „ziemlich starke“ Klagen in nahezu allen Bereichen der Umwelt äußern. In den alten Bundesländern erreicht allerdings die Betroffenheit durch Lärmbelästigung auch in mittelgroßen Städten hohe Werte, 1988 sogar höhere als in den Großstädten. Wie zu erwarten, haben Bewohner von Dörfern am wenigsten Grund zur Klage hinsichtlich der erfaßten Umweltbedingungen, wobei auch hier zwischen den Jahren 1988 und 1993 noch spürbare Verbesserungen eingetreten sind.

In Ostdeutschland wurden unmittelbar nach der Wende besonders die Luftverunreinigungen in mittleren Städten und in den Großstädten als besorgniserregend empfunden. In diesen Ortstypen hat sich der Anteil derer, die starke und sehr starke Klagen äußern, in den darauffolgenden drei Jahren halbiert (Graphik 2). Dies ist vermutlich auf die bereits 1990 einsetzenden Schließungen und Nachrüstungen der Industrie- und Kraftwerkanlagen zurückzuführen. Das Umweltproblem Lärm hat sich dagegen in seiner Bedeutung kaum verändert, und der Anteil derer, die starke und sehr starke Klagen äußern, stagniert in allen Ortstypen. Auf diesem Gebiet besteht offenbar in allen Regionen in Ost und West noch großer Handlungsbedarf.

Zunehmende Zufriedenheit bei abnehmender Wichtigkeit

Trotz der Verbesserungen hinsichtlich sämtlicher Luftverunreinigungen in den neuen Bundesländern ist die Luftqualität noch deutlich schlechter als in den alten Bundesländern. Bedenklich stimmt die Tatsache, daß in allen Bereichen, in denen Großunternehmen oder der Staat eingreifen, bereits spürbare Verbesserungen erreicht werden konnten, jedoch dort, wo individuelle Einschränkungen notwendig sind, eher Verschlechterungen zu erwarten sind. Zudem sollte berücksichtigt werden, daß durch die zunehmende Wichtig-

keit anderer Lebensbereiche im Osten, wie z.B. dem der öffentlichen Sicherheit, oder der Angst vor einem Arbeitsplatzverlust, der Bereich Umwelt einen Bedeutungsverlust erfahren mußte. Es sind zwar große Verbesserungen eingetreten, jedoch sind die zunehmende Zufriedenheit und die rückläufigen Klagen über den Umweltschutz auch im Licht der abnehmenden Wichtigkeit zu bewerten.

Trotz aller Verbesserungen bleibt jedoch im Vergleich mit anderen Sorgen der Deutschen die Sorge um den Umweltschutz mit 59% Anteil großer Sorgen im Westen und 57% im Osten diejenige, die unverändert an erster Stelle der Nennungen steht. Daher sollten die Bemühungen um dieses „Sorgenkind“ der Deutschen trotz der hier aufgezeigten spürbaren Verbesserungen in den neuen Bundesländern auch in den nächsten Jahren nicht nachlassen.

*Caroline Kramer, ZUMA
(Tel.: 0621-1246-244)*

Sozialberichterstattung: Berichtssysteme für einzelne Lebensbereiche und Teilpopulationen

**Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen**

10. bis 11. November 1994

Die Sozialberichterstattung war in den vergangenen Jahren unter anderem durch eine Tendenz der inhaltlichen Differenzierung und Spezialisierung gekennzeichnet. Neben übergreifenden Ansätzen wurden von der amtlichen Statistik, von Ministerien, Verbänden und der Wissenschaft eine Reihe von spezialisierten Berichtssystemen entwickelt, die auf bestimmte Lebens- und Politikbereiche, wie Gesundheit, Umwelt, Bildung, soziale Probleme, wie Armut oder einzelne Bevölkerungsgruppen, z.B. Frauen, Kinder oder Senioren ausgerichtet sind. Entsprechende Konzepte der Sozialberichterstattung haben auch für die politische Diskussion über die soziale Lage und Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmende Bedeutung erlangt.

Im Rahmen des Workshops sollen die wichtigsten Berichtssysteme dieser Art von Experten der jeweiligen Institutionen vorgestellt werden. Interessenten aus Praxis und Wissenschaft wird damit Gelegenheit geboten, sich einen Gesamtüberblick über den aktuellen Stand dieser Form der Sozialberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland zu verschaffen, sich mit den zugrundeliegenden Konzepten und vorliegenden Ergebnissen vertraut zu machen sowie die Nutzungsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven zu erörtern.

Der Workshop wird von Heinz-Herbert Noll organisiert und betreut. Interessenten werden gebeten, sich bis zum 30. September beim Tagungssekretariat von ZUMA anzumelden. Für die Teilnahme wird eine Gebühr von DM 60,- erhoben.

Zentrum für Umfragen Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim, B 2, 1
Telefon: (06 21) 12 46 - 0, Telefax: (06 21) 12 46 - 100